

## **7. Jahresberichte und Nachweis der Einhaltung der negativen Zweckbindung der Kirchensteuern der juristischen Personen 2019 der Evangelisch-reformierten Landeskirche, der Römisch-katholischen Körperschaft und der Christkatholischen Kirchengemeinde sowie über die Kenntnisnahme der Jahresberichte 2019 der Israelitischen Cultusgemeinde und der Jüdischen Liberalen Gemeinde**

Antrag des Regierungsrates vom 21. Oktober 2020 und gleichlautender Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 5. November 2020

Vorlage 5661a

*Ratspräsident Roman Schmid:* Ich begrüsse zu diesem Geschäft den Kirchenratspräsidenten der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Zürich, Michel Müller, die Synodalratspräsidentin der Römisch-katholischen Körperschaft des Kantons Zürich, Franziska Driessen-Reding, den Präsidenten der Christkatholischen Kirchengemeinde Zürich, Urs Stolz, den Präsidenten der Israelitischen Cultusgemeinde Zürich, Jacques Lande, und den Co-Präsidenten der Jüdischen Liberalen Gemeinde, David Feder.

Eintreten auf die Vorlage ist obligatorisch. Ich schlage Ihnen vor, über die Ziffern römisch I bis V gemeinsam abzustimmen, und möchte Ihnen jetzt kurz den Behandlungsablauf, wie ihn die Geschäftsleitung für die Geschäftsberichte festgelegt hat, darlegen. Die Eröffnung macht die Referentin der Geschäftsprüfungskommission, Edith Häusler, Kilchberg. Sie hat während zehn Minuten das Wort. Dann folgen die Präsidentinnen und Präsidenten der jeweiligen Religionsgemeinschaften und die Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher mit ebenfalls zehn Minuten Redezeit. Es folgen noch die übrigen Mitglieder des Rates mit je fünf Minuten Redezeit. Danach schliessen die Vertretungen der Religionsgemeinschaften und die Referentin der Geschäftsprüfungskommission mit einer Replik die Debatte. Am Schluss stimmen wir über die Vorlage 5661a ab. Sie sind mit diesem Vorgehen einverstanden.

*Edith Häusler (Grüne, Kilchberg), Referentin der Geschäftsprüfungskommission (GPK):* Es freut mich, dass ich heute im Namen der Geschäftsprüfungskommission die Jahresberichte 2019 der christlichen Kirchen sowie der jüdischen Religionsgemeinschaften und den Bericht der negativen Zweckbindung 2019 der christlichen Kirchen würdigen darf. Wie jedes Jahr hat die Geschäftsprüfungskommission, vertreten durch Leandra Columberg und mich, im Rahmen der Prüfung der Jahresberichte Gespräche mit allen Vertretungen der anerkannten Religionsgemeinschaften geführt. Die vorliegende Berichterstattung konzentriert sich auf den Nachweis der gesamtgesellschaftlichen Leistungen der Kirchen sowie ausgewählte wichtige Ereignisse, welche das Geschäftsjahr 2019 betreffen.

Im Januar 2019 konnten die christlichen Kirchen das Jubiläumsjahr «500 Jahre Zürcher Reformation» und auch «600 Jahre Niklaus von der Flüe» gemeinsam mit einem Gottesdienst im Grossmünster feiern. So war das Berichtsjahr geprägt

von zahlreichen Veranstaltungen und endete mit dem Filmpreis für den vielbesuchten Kinofilm «Zwingli» (*über den Schweizer Reformator Huldrych Zwingli*). Leider konnten aufgrund der Covid-19-Pandemie Projekte und Veranstaltungen, welche auch für dieses Jahr geplant waren, nicht mehr verwirklicht werden. So fielen beispielsweise die vor allem bei den Touristen beliebten Zwingli-Stadtführungen dem Corona-Virus zum Opfer.

Neben den Feierlichkeiten haben die Kirchen ihre Legislaturziele für die Jahre 2023 respektive 2024 festgelegt. Diese sind auch in den jeweiligen Jahresberichten abgebildet. Die gesamtgesellschaftlichen Leistungen, die die Evangelisch-reformierte Landeskirche und die Römisch-katholische Körperschaft für die Bevölkerung des Kantons Zürich erbringen, sind enorm. Das zeigen erneut die vielen in den Jahresberichten genannten Beispiele. Weiterhin stark zugenommen haben die seelsorgerischen Tätigkeiten vor allem in der Notfallseelsorge, und persönlich bin ich immer wieder aufs Neue beeindruckt von der Plattform «seelsorge.net», welche eine Vielzahl von Anfragen Hilfesuchender ehrenamtlich bewältigt. Aber auch der Mittagstisch für die Asylsuchenden der Christkatholischen Kirche beeindruckt. Leider kann ich heute nicht alle Tätigkeiten aufzählen. In den Jahresberichten gibt es aber genug spannende Beispiele zum Nachlesen.

Die Leistungen decken alle Bereich des gesellschaftlichen Zusammenlebens ab. Dazu gehören soziale Unterstützungsangebote genauso wie kulturelle Ereignisse, spirituell-philosophische Gesprächsrunden oder praktische Hilfsangebote in Notlagen, die Pflege von Natur und Umwelt und vieles mehr. Alles in allem lässt sich sicher sagen, dass die gesamtgesellschaftlichen Leistungen der Kirchen und anerkannten Religionsgemeinschaften einen wertvollen Beitrag zur Entwicklung und Stabilität des gesellschaftlichen Miteinanders leisten. Wie wertvoll die Tätigkeiten aller Religionsgemeinschaften für die Gesellschaft sind, wird sich insbesondere dann auch im Jahresbericht 2020 abbilden, weil die Nachfrage nach Unterstützung wegen der für viele Menschen unsicheren Zukunft zugenommen hat. Die Zusammenarbeit mit der Zürcher Regierung wird nach wie vor als konstruktiv und wertvoll wahrgenommen, sei es in der Krise wie auch im Alltag. Auch die regelmässigen Treffen am Interreligiösen runden Tisch (*IRT*) im Kanton Zürich werden sehr geschätzt. Der IRT nahm erfreut zur Kenntnis, dass neu «Religionen und Kultur, Ethik» an den Gymnasien als obligatorisches Fach in die Stundentafel aufgenommen wird. Es wurde jedoch festgehalten, dass mit der vorgesehenen minimalen Stundendotation von 0,5 Wochenlektionen das notwendige Grund- und Fachwissen zu Religionen und Kulturen sowie zur philosophischen Ethik nicht gewährleistet werden kann. Der IRT, der Interreligiöse runde Tisch, hat sich dafür ausgesprochen, dass neben den alteingesessenen Kirchen und Religionen auch neue Religionsgemeinschaften, die bislang keinen öffentlichen Status haben, seitens des Staates eine Würdigung verdienen. So wurde das erklärte Ziel von Regierungsrätin Jacqueline Fehr, rechtliche Grundlagen für das Zusammenleben zu schaffen, von den Religionsgemeinschaften explizit begrüsst.

Mit dem Nachweis der negativen Zweckbindung zeigen die kirchlichen Körperschaften auf, dass sie die Einnahmen, abzüglich der Steuern der juristischen Personen und der Kostenbeiträge den Aufwand für kultische Zwecke decken oder

übersteigen. Dabei haben die Jahresberichte gemäss Paragraf 24 Absatz 1 der Verordnung den Bezug auf die Tätigkeitsprogramme und deren Umsetzung zu nennen. Die Finanzkontrolle des Kantons Zürich prüft, ob die Jahresrechnungen den massgeblichen Rechtsgrundlagen entsprechen und der Nachweis der Erhaltung der negativen Zweckbindung erbracht wurde. Die Evangelisch-reformierte Landeskirche und die Römisch-katholische Körperschaft haben diesen Nachweis für die Jahresrechnung 2019 erbracht und weisen ihn in ihrer Jahresrechnung separat aus. Für die Christkatholische Kirchgemeinde lag der Kommission zum Zeitpunkt des vorliegenden Berichts erst eine provisorische Jahresrechnung und demnach noch keine Bestätigung der Einhaltung der negativen Zweckbindung vor, unterdessen aber wurde dies nachgeholt.

Zum Schluss möchte ich noch erwähnen, dass alle anerkannten Religionsgemeinschaften auch bei den diesjährigen Gesprächen den konstruktiven Dialog mit dem Regierungsrat, dort vor allem mit Regierungsrätin Jacqueline Fehr, Direktion der Justiz und des Innern, als positiv und wertschätzend wahrgenommen haben. Und auch von mir wiederum ein herzliches Dankeschön. Ich möchte mich im Namen der Geschäftsprüfungskommission bei den hier anwesenden Vertretern sowie den übrigen Mitarbeitenden der kantonalen kirchlichen Körperschaften und der anerkannten jüdischen Gemeinden ganz herzlich für den offenen, spannenden und informativen Austausch bedanken.

Eine persönliche Anmerkung erlaube ich mir hier noch: Ende letzten Jahres hat die langjährige Präsidentin der ICZ, Shella Kertész, ihren Stab an Jacques Landes weitergegeben. In dieser Funktion ist Herr Landes nun auch das erste Mal im Kantonsrat anwesend. Ich wünsche ihm viel Erfolg bei seinen neuen Aufgaben.

Die Geschäftsprüfungskommission beantragt Ihnen einstimmig die Zustimmung zur Kenntnisnahme der Jahresberichte 2019 und der Jahresrechnung 2019 der fünf anerkannten Religionsgemeinschaften. Besten Dank.

*Michel Müller, Kirchenratspräsident der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Zürich:* Ich freue mich, bei Ihnen heute in dieser Versammlung sein zu dürfen. Wir waren ja miteinander schon sehr lange nicht mehr im Rathaus. Auch wir Religionsgemeinschaften, reformierte und katholische Synoden können ja nicht dort tagen. Ich spreche heute aber im Namen aller fünf Gemeinschaften, einer für alle fünf, ich beanspruche aber nicht 50 Minuten dafür. Ich spreche auch, weil wir auf das Jubiläumsjahr zurückblicken, Frau Häusler hat es schon gesagt, wir schauen heute auf 2019 zurück. Das war das Jahr des Reformationsjubiläums, ja, wirklich. Versuchen wir uns das noch einmal vorzustellen, es scheint so lange her. Vor tatsächlich fast zwei Jahren feierten wir – Frau Häusler hat es schon gesagt – im vollbesetzten Grossmünster – fast unvorstellbar – einen ökumenischen Gottesdienst, am 20. Januar 2019, mit Generalvikar Josef Annen, mit mir und mit der Präsidentin der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen, Pfarrerin Bettina Lichtler, die die Bibel verkörperte. Und dann feierten wir nochmals ein schönes Abschlussjahr des Jubiläums, das ja schon 2017 begonnen hatte, unter anderem auch dank dem grossen Beitrag aus dem Lotteriefonds. Stellen wir uns vor, wir

hätten dieses Jahr noch feiern wollen – seien wir also dankbar, dass das Jubiläumsjahr letztes Jahr war.

Auf Ende Oktober dieses Jahres musste sich Generalvikar Josef Annen aus gesundheitlichen Gründen pensionieren lassen. Ich danke ihm an dieser Stelle für seinen Einsatz insbesondere für die Ökumene und seinen grossen Respekt vor der dualen Struktur der katholischen Kirche. Dass die Katholiken noch immer auf der Suche nach einem Bischof sind, das haben wir schon gelesen, und wir hoffen mit ihnen.

Aber auch bei den Reformierten gab's mittlerweile einen grossen Wechsel: Mitten in der Pandemie trat der Präsident der Evangelisch-reformierten Kirche Schweiz (*Gottfried Locher*) zurück. Wir freuen uns aber, dass wir eine Zürcherin als neue Präsidentin wählen konnten, Pfarrerin Rita Famos. Auch bei den Juden gab's Wechsel: Auf Shella Kertész folgte – wir haben es schon gehört – folgte der hier jetzt erstmals anwesende Jacques Landes aus Zürich. Und beim Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund folgte der Basler Ralph Levin auf den Zürcher Herbert Winter als Präsident. Auch ihm, Herbert Winter, und Shella Kertész möchten wir an dieser Stelle noch einmal herzlich danken. Bei der Jüdisch Liberalen Gemeinde ist David Feder allein Präsident, das Co-Präsidium besteht nicht mehr, also auch da ein kleiner Wechsel.

Wir schauen heute zurück auf 2019. Ein Gadget des Jubiläums war diese Tasse, eine Jubiläumstasse. Darauf steht «Din haf bin ich», dein zerbrechliches Gefäss bin ich. Und in der Tat, bei dieser Tasse bricht immer der Henkel ab, es ist also so. Ein Motiv, das zerbrechliche Gefäss, ein Motiv, das sich auch durch den Zwingli-Film zieht, den wir am 20. Dezember 2020 im SRF (*Schweizer Fernsehen*) alle miteinander nochmals sehen können. Achten Sie sich besonders auf dieses Gefäss-Motiv, es ist ein Schlüsselement, ein Deutungselement des Films. Was Ihnen aber vielleicht nicht gerade im Bewusstsein ist, ist, dass dieser Satz Zwinglis, «dein zerbrechliches Gefäss», «din haf bin ich», dass dieser Satz aus dem Pestlied stammt. Zwingli erkrankte im Herbst, also wenig mehr als ein halbes Jahr nach seinem Amtsantritt am 1. Januar 1519, an der Pest, die im Sommer 1519 in Zürich ausgebrochen war. Rund ein Drittel der damals 7000 Einwohner der Stadt Zürich verstarben damals an der Pest. Einfach einen Moment nochmals zurückdenken: Wir feiern 500 Jahre Reformation, aber auch 500 Jahre Pest gewissermassen. Und was für eine Katastrophe das damals war, wenn wir diese Zahlen hören, und unter welchen Bedingungen wir heute eine Pandemie bekämpfen können, mit welchen Möglichkeiten – eigentlich eine verrückte Koinzidenz. Zwinglis Glaubwürdigkeit und Glaube wurden gestärkt, indem er in der Stadt bei den Menschen blieb und die schwere Krankheit überlebte. Es ist also auch heute die Erwartung an die Kirchen und Religionsgemeinschaften, dass sie die Menschen nicht allein lassen. Ein Corona-Manifest der Stadtzürcher Kirchen verspricht dies. Aber wir wissen, dass es gerade in der ersten Welle schwierige Momente gab, und auch jetzt ist es für die Seelsorgerinnen und Seelsorger eine sehr anstrengende Arbeit, bei den Menschen zu sein, insbesondere in den Institutionen, wo sie unter strengsten Schutzvorkehrungen arbeiten müssen. Gerade die Staatsbeiträge helfen sehr, dass wir als Religionsgemeinschaften in dieser Phase jetzt nicht zuerst aufs

Geld schauen müssen, sondern einfach da sein können, wo man uns ruft. Und wir sind auch den Spitälern, Pflegezentren und Gefängnissen dankbar, wenn sie die Seelsorge zulassen und eine würdige Begleitung ermöglichen. Leider – aber auch natürlich – geschehen auch Fehler. Wir haben darum Forschungsprojekte lanciert, Corona-Learnings in eigener Verantwortung, aber auch zusammen mit der Universität Zürich in internationaler Kooperation. Was verändert sich für die Religionen? Was gelingt und was ist schwierig? Diese Projekte laufen noch. Ich bitte Sie um Verständnis, dass wir hier und heute keine Corona-Diskussion über die Kirchen führen können, wir hoffen aber, im Jahresbericht nächstes Jahr dann etwas über diese Ergebnisse berichten zu können. Auf ein erstes Ergebnis möchte ich aber doch hinweisen, das uns Professor Thomas Schlag von der Theologischen Fakultät erklärt hat: Auch die Geistlichen sagten in der Umfrage – das waren Tausende von Geistlichen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz –, dass sie ihre eigene Spiritualität, ihren eigenen Glauben als Kraftquelle erfuhren, ganz so wie Zwingli in seinem Gebetslied, seinem Pestlied dichtete. Auch wenn man allein ist, sich allein fühlt, so kann der Glaube das Bewusstsein geben, dass da eben doch auch eine andere Kraft da ist.

Ich erlaube mir an dieser Stelle – auch weil es dieses Jahr ja kein Gebet gegeben hat (*anlässlich der ökumenischen Feier zu Beginn des neuen Amtsjahres*) – aus dem Buch Jesaja, der gemeinsamen Bibel von Juden und Christen, aus dem Kapitel 7-14 zu zitieren: «Deshalb wird Gott selbst euch ein Zeichen geben. Seht, die junge Frau ist schwanger und sie gebiert einen Sohn und sie wird ihm den Namen Imanuel geben», was übersetzt heisst: Gott ist mit uns. Ich habe geschätzte Mitglieder des Kantonsrates aus der Zürcher Bibel gelesen, deren Wiederentdeckung und Übersetzung wir im Jubiläumsgottesdienst vor fast zwei Jahren gefeiert haben. Es ist jedem und jeder möglich, selber die Bibel in seiner oder ihrer eigenen Sprache zu lesen und sich eine eigene Meinung zu bilden, oder auch mit der Bibel zu beten, etwa den Psalmen, dem Gebetsbuch der Christen und Juden. Ich nehme aber an, dass es hier in der Messehalle, in diesem provisorischen Kantonsrat keine Bibel hat, wie es sonst ja im Rathaus der Fall ist. Deshalb lasse ich Ihnen jetzt heute eine Bibel als Geschenk da. Es ist die provisorische Rathausbibel, die ich Ihnen dalasse. Mit ihr wünsche ich Ihnen eine gesegnete Zeit. Danke für die Aufmerksamkeit und die Unterstützung. Die Bibel ist noch eingepackt. Ich weiss nicht, wie weit man jetzt die Verpackung desinfizieren muss, aber ich lasse diese Rathaus-Bibel jetzt bei Ihnen auf dem Rathhaustisch zur guten Verwaltung durch den Ratspräsidenten.

*Ratspräsident Roman Schmid:* Vielen Dank für diese nette Geste.

*Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen):* Die SVP schliesst sich dem Votum der Kommissionssprecherin an und bedankt sich herzlich für die geleistete Arbeit für die Gesellschaft. Wir sind uns bewusst, dass wir hier über das Jahr 2019 sprechen. Trotzdem möchten wir uns kritisch zur Rolle einiger anerkannter Religionsgemeinschaften in Bezug auf die Konzernverantwortungsinitiative von gestern (*eid-*

*genössische Volksabstimmung*) kritisch äussern. Wenn sich einige Religionsgemeinschaften als moralisches Gewissen der Politik verstehen und politisch aktiv in Erscheinung treten möchten, dann muss über die öffentliche Finanzierung diskutiert werden. Soviel ich weiss, kennen wir noch keine Parteienfinanzierung. Erstens glaube ich nicht, dass das politische Engagement unter den religiösen Kult fällt, und daher bin ich auf den Bericht des Jahres 2020 gespannt, wie dies dann abgegrenzt wird in Bezug auf die negative Zweckbindung. Zweitens ist es störend, wenn Unternehmungen mit ihren Kirchensteuern indirekt eine politische Kampagne mitfinanzieren, zu der sie kritisch stehen. Nichtsdestotrotz möchten wir es beim Jahr 2019 belassen und uns an erster Stelle herzlich bei den Kirchgemeinden bedanken. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

*Corinne Hoss-Blatter (FDP, Zollikon)*: Als Mitglied der GPK schliesse ich mich grundsätzlich vollumfänglich den Ausführungen und dem Dank der Erstrednerin Edith Häusler an. Mit dem heutigen Beschluss nehmen wir Kenntnis vom Jahresbericht 2019 und dem Nachweis der Einhaltung der negativen Zweckbindung der Kirchensteuern der verschiedenen anerkannten kirchlichen Körperschaften. Der Kanton bewilligt jährlich Kostenbeiträge an die Kirchen. Laut Kirchengesetz Paragraph 19 Absatz 2 unterstützt er damit ihre Tätigkeiten mit Bedeutung für die ganze Gesellschaft, insbesondere in den Bereichen Bildung, Soziales und Kultur. Auch wenn vorhin mehrmals darauf verwiesen wurde, dass wir heute auf 2019 zurückschauen, setzen wir hier beim Paragraph 19 Absatz 2 mit unserer Kritik an: Die FDP zeigt sich befremdet darüber, dass die katholische und die reformierte Kirche intensiv in den Abstimmungskampf für die Unternehmensverantwortungsinitiative eingegriffen haben. Die oben angesprochenen Gelder des Kantons, zusammen mit den Steuern von Unternehmen, flossen damit unter anderem in eine politische Kampagne. Solange die Kirchen Staatsbeiträge erhalten, geht es nicht an, dass diese direkt für politische Zwecke eingesetzt werden. Dieses Beispiel hat uns gezeigt, dass künftig die Definition der negativen Zweckbindung ausgeweitet werden müsste. Die Kirchen müssen ihre politische Neutralität bewahren. Ob die Kirche mit ihrem Engagement ohne Rücksprache mit ihren Mitgliedern nicht ein Eigentor geschossen hat, wird sich weisen. Von bürgerlicher Seite sind viele Stimmen laut geworden, die sich einen Austritt aus der Kirchengemeinde überlegen, in meinem privaten Umfeld haben ihn bereits mehrere Personen vollzogen. Eigentlich müsste die Kirche doch Mitglieder gewinnen und sie nicht verärgern und verlieren.

Wie eingangs erwähnt, dankt auch die FDP allen Beteiligten für den Jahresbericht und empfiehlt die Zustimmung zu diesem Geschäft

*Stefanie Huber (GLP, Dübendorf)*: In vielen Punkten schliesse ich mich dem Votum von Edith Häusler für die GPK an. Mit einem Zitat von Hubert Reeves (*kanadischer Atom- und Astrophysiker*) möchte ich zwei Aspekte herausheben, das Zitat lautet folgendermassen: «In der Tat hat sich der Status Gottes geändert. Neu gibt es ihn bei den Fragen, nicht mehr bei den Gewissheiten.» Dieses Zitat passt in dieses Jahr, wo sich viele unserer Gewissheiten in Fragen verwandelt haben,

wo auch die Kirchen und Gemeinschaften viele ihrer Gewiss- und vor allem ihrer Gewohnheiten hinter sich lassen mussten. Corona hat jene, die sich um die Menschen in ihren Nöten kümmern, vor neue Herausforderungen gestellt, war doch ein Austausch ohne Schutzkonzept nicht mehr möglich. Auch wenn dies nicht der eigentliche Gegenstand der Jahresberichte von 2019 ist, die wir heute abnehmen, wollen wir doch heute einen Dank aussprechen an jene, welche vor Ort oder auch auf kantonaler Ebene das ihnen Mögliche taten, um auch in diesem Jahr einzelne Personen, aber auch die Gesellschaft als Ganzes zu unterstützen. Es wurden vielerorts kreative neue Wege gesucht und in vielen Gemeinschaften wurden Antworten auf die neuen Fragen gefunden, die sich gestellt haben. Das sind nicht kultische Zwecke, über die wir heute sprechen, darum hat das hier auch seinen Platz.

Der zweite Aspekt passt ebenfalls zum Wechsel von Gewissheiten zu Fragezeichen. Es geht um die Verfügbarkeit der natürlichen Lebensgrundlagen, die bisher immer eine Selbstverständlichkeit war. Wie es im Bericht der katholischen Landeskirche heisst: Kirche lebt nie für sich allein, sondern immer nur für und in Gemeinschaft, in Verantwortung für andere, nicht zuletzt für künftige Generationen. Die evangelische und die katholische Landeskirche haben sich beide verpflichtet, der Bewahrung der Schöpfung in dieser Legislatur verstärktes Gewicht zu geben. Bei den Katholischen dient «Nachhaltig Kirche leben» als Leitmotto und sie haben das längerfristige Ziel einer klimaneutralen Kirche gesetzt. Im evangelischen Berichts-Pendant wird die Frage gestellt, was die Kirche fürs Klima tut, und das Kapitel schliesst mit den Worten «Es ist Zeit zu handeln». Diese Kapitel im Jahresbericht strahlen schon wieder etwas mehr Gewissheit aus als Fragen und zeugen von Tatendrang.

Wir danken den beiden Kantonalkirchen für dieses Engagement und hoffen, dass wir in den folgenden Jahresberichten trotz Dominanz des Corona-Themas von Fortschritten und Massnahmen auch im Umweltbereich lesen können. Wir wünschen den Promotorinnen dieses Anliegens Ausdauer bei der Umsetzung und politisches Geschick in der Argumentation. Die drei kleineren anerkannten Gemeinschaften erwähnen Beispiele von Aktionen: Littering-Aktivitäten, einen digitalen Jahresbericht oder ein Plus-Energie-Gebäude. Das sind gute Taten, aber wir legen auch diesen Gemeinden eine systematische Bearbeitung des Umweltthemas ans Herz. Dass das möglich ist, zeigt die Zertifizierung von einzelnen Kirchgemeinden oder Pfarreien mit dem «Grünen Güggel». Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

*Wilma Willi (Grüne, Stadel):* Die Würdigungen sind gemacht, aber ich muss auch noch etwas sagen, und zwar als Mitglied der reformierten Landeskirche und als ehemalige Synodale fühle ich mich gerade sehr angesprochen. Die Kirchen, die heute hier ihre Jahresberichte 2019 vorlegen und präsentieren, sind demokratisch organisiert. Sie haben Gemeinden und sie haben Kirchenmitglieder. Nun, diese Kirchenmitglieder sind in der Kirche, weil sie zum Beispiel nicht austreten, um ihre Steuern zu optimieren. Sie bleiben in der Kirche, weil sie etwas von dieser Kirche möchten. Michel Müller hat gesagt «Wenn wir rufen, kommt die Kirche».

Genau, und das wollen diese Mitglieder. Sie wollen, dass die Kirche eine Stimme hat und dass die Kirche sich für die Menschenrechte einsetzt, sonst wären sie ja nicht Mitglied. Und wenn die Kirchgemeinden sich einsetzen und geradestehen und stark und deutlich eine Meinung sagen, dann ist das gut so. Eine neutrale Haltung, das bedeutet, keine Haltung zu haben. Wollen wir das wirklich? Auch wir in der Politik brauchen die Kirche als Gegenüber. Die Kirche hat diese Grundwerte von Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung. Es ist gut, dass wir die Kirche als ein Gegenüber haben. Wir wohnen nicht in einem Land, wo die Politik machen muss, was die Kirche sagt – das gibt es ja auf dieser Erde –, wir wohnen aber auch nicht in einem Land, wo die Kirche machen muss, was die Politik sagt. Es ist gut, dass wir eine Institution haben, die den Menschen eine Stimme gibt. Ich sage nochmals: Wir in der Politik müssen froh sein, haben wir diese Kirche als Gegenüber, mit den Grundwerten von Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung. Das ist gut und wichtig für uns. Es gibt die Kirche aber nicht nur als Gegenüber, es gibt auch ein Zusammen, ich sage das nochmals. Die Grundwerte der Kirchen von Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung sind ganz gute Werte auch für uns als Politiker. Dazu lade ich Sie nun ganz herzlich ein.

*Walter Meier (EVP, Uster):* Einmal im Jahr sprechen wir über die Jahresberichte der anerkannten Kirchen im Kanton Zürich. Der Sinn der Formulierung «Nachweis der Einhaltung der negativen Zweckbindung der Kirchensteuern der juristischen Personen» erschliesst sich nicht jedem. Allerdings ist es relativ einfach: Der Aufwand des kultischen Bereichs muss von den Kirchensteuern der natürlichen Personen gedeckt werden, und dieser Nachweis wird erbracht.

Michel Müller schreibt im Jahresbericht, dass eine zentrale Tätigkeit der Kirche das Gebet sei. Ich zitiere: «Das Gebet, das sich nicht um sich selbst dreht, ist eine starke Tat. Wir beten füreinander, für die Notleidenden in nah und fern in der Fürbitte. Und aus den gefalteten Händen werden tätige Hände in der Diakonie und im sozial- und gesellschaftspolitischen Engagement.» Genau darum geht bei der negativen Zweckbindung: Die Steuern der juristischen Personen braucht es für die Diakonie und das sozial- und gesellschaftspolitische Engagement. Und in der Corona-Pandemie sind persönliche Gespräch mit vereinsamenden Menschen wichtiger denn je. Die Kirchen sind da präsent, wo die Menschen sind. Sie nehmen – nicht nur in der Bahnhofkirche und in Gefängnissen – eine wichtige Aufgabe wahr.

Im Jahresbericht der katholischen Kirche ist mir aufgefallen, dass hier auch das Reformations-Jubiläum Thema ist. Während die Reformation vor 500 Jahren die Christen auseinanderdividiert hat, brachte das Reformations-Jubiläum im Jahr 2019 Kirchen wieder zusammen. In diesem Sinne könnten die Kirchen auch für uns Vorbild sein: Trotz bleibender Unterschiede zusammenarbeiten und für die Menschen in unseren Kanton die besten Lösungen erarbeiten.

Die EVP stimmt dem Antrag 5661a zu und dankt den anerkannten Religionsgemeinschaften für ihren Einsatz zum Wohle der Menschen im Kanton Zürich.

*Hans Egli (EDU, Steinmaur):* Zuerst möchte ich mich bei den Vertretern der staatlich anerkannten Religionsgemeinschaften für ihre Arbeit, für ihren Einsatz für unsere Gesellschaft bedanken. Ich denke insbesondere an die Unfall-Seelsorge oder an die Seelsorge bei psychischen Erkrankungen. Das sind vielfach Ereignisse, die man nicht ohne Hilfe bewältigen kann. Hier macht die Kirche eine sehr wichtige Arbeit; und mit «Kirche» meine ich auch im späteren Referat alle staatlichen Religionsgemeinschaften, aber natürlich auch Religionsgemeinschaften, die keine staatlichen Gelder empfangen. In Anbetracht der Kirchenaustritte und der gesellschaftlichen Kirchenabstinenz mache ich mir natürlich Gedanken über die Zukunft unserer Religionsgemeinschaften. Ist die Kirche noch relevant? Ist die Verkündigung noch zentral? Ist die biblische Botschaft noch das Wichtigste oder wandelt sich die Kirche zu einer Institution, die vieles rund um den Menschen wahrnimmt, aber das Zentrale, das Wort Gottes, nur «unter ferner liefen» mitträgt. Ehrlich gesagt, dieser Eindruck entsteht, wenn ich die Jahresberichte der fünf anerkannten Religionsgemeinschaften lese. Ich wünsche mir Religionsgemeinschaften mit Profil. Ich wünsche mir eine Kirche, die in der Verkündigung Hoffnung verbreitet, eine Kirche, die den Menschen von Geburt bis zum Tod begleitet, aber auch eine Kirche, die ihr Fundament, den Felsen nicht vergisst, sondern stets aus dem Fundament die Kraft, die Orientierung schöpft, analog dem Gleichnis des Hausbaus auf Felsen. Die Kirche soll die Verkündigung, die Gemeinschaft, die Hilfe am Mitmenschen und die Gebete zu gleichen Teilen leben. Wenn ich die Jahresberichte lese und schwerpunktmässig über Soziales berichtet wird und für die Verkündigung und Gottesdienste wenig Platz übrigbleibt oder – in Zahlen – 10 Prozent dafür ausgegeben wird, werden die kirchlichen Schwerpunkte zu ungleich gewichtet.

Nun zu einem anderen Thema: Soll die Kirche politisch sein? Und wenn die Kirche politisiert: Welche politische Grundhaltung ist die richtige? Die Kirchenmitglieder sollen politisch sein, aber die Institution Kirche soll nicht politisch sein. Die Kirche soll einzig politisch sein, wenn sie selber betroffen ist. Denn eine Kirche, die politisiert, grenzt aus. Andersdenkende werden als schlechte Gläubige hingestellt. Kirche soll nicht spalten, sondern Kirche soll vereinen. Und da ist natürlich die Aussage, dass eine Kirche, die eine neutrale Haltung hat, keine Haltung hat, komplett falsch. Und wir haben das in der Diskussion im Zusammenhang mit der Konzernverantwortungsinitiative erlebt: Man kann sehr wohl christliche Argumente einbringen, wieso man diese Haltung einnehmen will. Das politische Engagement der Kirche mit der Konzernverantwortungsinitiative war falsch und schadete der Kirche. Wir werden im Jahresbericht 2020 dann hören, wie viele Kirchenaustritte es infolge dieses Engagements gegeben hat.

Und ich darf sagen: Die EDU und ich persönlich hatten bei der Konzernverantwortungsinitiative Ja gesagt, ich bin also nicht irgendwie politisch befangen, sondern ich sage, dass das politische Engagement genau darum falsch war. Das politische Engagement schadete der Kirche, weil es die Kirche spaltete. Ich zitiere aus einem Austrittsschreiben: «Leider kann ich die ständige ungebührliche und einseitige politische Stellungnahme dieser Kirche nicht mehr weiter mittragen. Ich

wollte Mitglied einer Kirche sein und muss nun feststellen, dass sich diese zu einer politischen Kampforganisation gewandelt hat. (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

*Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht):* Erlauben Sie mir als gläubigem Protestanten und mit meiner Firma Zwangskirchensteuerbesteuerten, auch dieses Jahr einige Worte zum Jahresbericht und zur Tätigkeit meiner ehemaligen Kirche, der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Zürich sowie zur Römisch-katholischen Körperschaft im Kanton Zürich zu verlieren. Die Christkatholische Kirchgemeinde, die Israelitische Cultusgemeinde und die Jüdische Liberale Gemeinde schliesse ich ausdrücklich nicht in mein Votum ein.

Die Zürcher Bevölkerung ist Berichtsjahr 2019 erneut kräftig gewachsen, und zwar um 19'600 Personen respektive 1,3 Prozent auf rund 1,5364 Millionen Einwohner. Dagegen ist die Evangelisch-reformierte Landeskirche um 8603 Mitglieder, zwei Drittel davon Austritte, oder 2,1 Prozent geschrumpft. Das sind rund 1800 Ex-Mitglieder mehr als im Vorjahr. Die Römisch-katholische Landeskirche hat 5603 Mitglieder oder 1,46 Prozent verloren. Bemerkenswert dazu ist der Kommentar im Jahresbericht 2019 der katholischen Kirche im Kanton Zürich, ich zitiere: «Die vielen Austritte können nicht mehr wie in früheren Jahren mit Zuwanderungsgewinn kompensiert werden.» Weil die beiden grossen Landeskirchen weiter dramatisch an gesellschaftlicher Bedeutung verlieren, müssen Gemeinden dauernd zusammengelegt werden. Und als ob dies nicht Krise genug wäre, spalten die Kirchengemeinden mit politischer Einmischung ihre Basis. Erlauben Sie mir dazu den auf Ende dieses Jahres zurücktretenden ständigen diplomatischen Vertreter des Papstes in Bern, Seine Exzellenz, den Apostolischen Nuntius Thomas Gullikson zu zitieren, ich zitiere: «Leider scheint es so, dass die Institution Kirche hier in der Schweiz ihre Sendung zum Heil der Seelen verraten hat.» Der Apostolische Nuntius stellt sich in einem kürzlich veröffentlichten Rundbrief auch ganz grundsätzliche Fragen zum Konzept Volkskirche in unserem Lande. Und wie recht er hat. Denn die beiden Landeskirchen verlieren immer mehr an Rückhalt in der Bevölkerung; nicht verwunderlich bei ihrem politischen Agitieren – Stichwort: Unternehmensverantwortungsinitiative – und dem mit missionarischem Eifer zutage gelegten Einnehmen politischer und gesellschaftskritischer Positionen, dies alles unterstützt mit einer guten Portion Kirchensteuergeldern, davon auch Geld von meiner Firma, welches zwangserhoben wurde.

Christliche Frauen aus der ganzen Schweiz protestieren offen gegen dieses Tun, ich zitiere auch hier: «Es ist nicht Auftrag der Kirche als Institution, aufwendige und teure politische Kampagnen zu organisieren, in welchen die einen Gläubigen gegen die anderen ausgespielt werden.»

Geschätzte Vertreter der beiden grossen Landeskirchen, es ist fünf nach zwölf. Kirchen sind keine politischen Parteien, sondern die Gemeinschaft der Gläubigen. Und was gar nicht angeht: die einen Gläubigen gegen die anderen auszuspielen. Viel Geschirr ist zerschlagen, sehr geehrter Herr Müller und sehr geehrte Frau von Reding (*gemeint ist Franziska Driessen-Reding*). Es ist absehbar: Entweder die beiden Landeskirchen verpflichten sich wieder strikter politischer Neutralität

oder aber sie verfolgen weiter den eingeschlagenen aktivistischen Kurs. Und dann wird die Trennung von Kirche und Staat schon bald Realität.

Ich schliesse mein Votum zum vergangenen Geschäftsjahr und zum Geschäftsbericht 2019 der beiden grossen christlichen Landeskirchen und deren traurigen derzeitigen Zustand mit einem Zitat von Konfuzius (*chinesischer Philosoph*): «Wenn über das Grundsätzliche keine Einigkeit besteht, ist es sinnlos, miteinander Pläne zu machen.»

*Leandra Columberg (SP, Dübendorf)*: Ja, zum Inhaltlichen hat meine Co-Referentin Edith Häusler das Wesentliche gesagt, und ich schliesse mich ihrem Bericht und ihrer Würdigung an. Der Austausch mit den Religionsgemeinschaften war für mich auch im zweiten Jahr eindrücklich und bereichernd. Ihr ziviles Engagement ist wertvoll für die gesamte Gesellschaft. Ich möchte mich also an dieser Stelle auch im Namen der SP bedanken für ihr Engagement und den Jahresbericht zur Kenntnis nehmen. Ich finde es aber abermals schade, dass wir hier Jahr für Jahr die Situation haben, dass gewisse Exponenten dieses Geschäft als Grundsatzdiskussion oder sogar für Anschuldigungen und jegliche generelle Kritik an den Religionsgemeinschaften nutzen. Es geht hier bei diesem Geschäft um die Kenntnisnahme der Jahresberichte und die negative Zweckbindung, nicht darum, dass wir stundenlange Diskussionen über Gott und die Welt führen, auch wenn das bei diesem Geschäft vielleicht verwirrend sein mag. Diskussionen über das legale politische Engagement der Kirchen, ob dieses Ihnen nun passt oder nicht, können Sie woanders führen. Also lassen Sie doch die Kirche im Dorf. Besten Dank.

*Elisabeth Pflugshaupt (SVP, Gossau)*: Nebst dem Dank an die Kirchen haben wir jetzt sehr viele Erwartungen, Forderungen, aber auch Kritik gegenüber den Kirchen gehört. Wir haben gehört, dass viele gefrustet sind, weil sich die Kirchen politisch engagieren. Ich muss aber auch meiner Vorrednerin kurz sagen: Wenn nicht hier, wo sollen wir dann mit den Kirchen in den Dialog zu treten versuchen? Ich sage Ihnen, ein Austritt ist keine Lösung, wenn Sie etwas anderes wollen. Dann bitte engagieren Sie sich in den Kirchen. Wir engagieren uns in der Politik, weil wir etwas verändern wollen. Wenn wir in den Kirchen etwas verändern wollen, müssen wir uns da engagieren und nicht den Austritt geben, das ist keine Lösung. Wir verändern da gar nichts damit. Dies wolle ich euch mitgeben. Danke.

*Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen)*: Ich wollte zuerst aus den Überlegungen heraus, die uns Frau Columberg mitgeteilt hat, heute schweigen. Nach dem Votum von Wilma Willi und auch den Argumenten von Leandra Columberg kann ich das nicht mehr. Denn regelmässig, dieses Jahr aber häufig, fühle ich mich als Kirchenmitglied überfahren. Erstens übernimmt meine Kirche, die Reformierte Kirche des Kantons Zürich, politische Stellungnahmen, die ich als Mitglied niemals absegnen konnte. Wenn die Kirche es direktdemokratisch innerhalb ihrer Strukturen gemacht hätte, dann hätte ich mich auch auf dem falschen Platz gefühlt. Denn ich möchte nicht an Kirchgemeindeversammlungen und in der Kirche über politische Dinge reden. Gleichzeitig kann ich Ihnen hier drei, vier, fünf

christliche Argumente aufzählen, die eine Ablehnung der Unternehmensverantwortungsinitiative erfordern, wenn es um die Verbesserung in diesen Regionen geht. Ich möchte hier nicht diese Debatte von Zaun lassen, aber wenn die Kirche eine politische Stellungnahme macht, dann muss sie sich dieser Debatte stellen. Und da ist die Kirche der falsche Ort, der falsche Sattel dazu, dann sitzt sie auf dem falschen Ross. Ich habe mich eigentlich immer dafür ausgesprochen, dass die Landeskirche eine Landeskirche bleibt, damit sich die Kirche nicht extremisiert, damit sie sich nicht fundamentalisiert, damit sie eine Kirche bleibt. Aber die Kirche verabschiedet sich zunehmend selber von diesem Kurs. Die neue schweizerische Kirchenpräsidentin (*Rita Famos*) ist eine explizite Vertreterin eines politischen Kurses. Ich bin mir nicht sicher, ob das so positiv weiterführt, und wir müssen dringend über das Verhältnis von Don Camillo und Peppone (*italienische Romanfiguren*), von Kirche und Staat sprechen. Diese Diskussion muss geführt werden und es ist, wenn die Kirche so weitermacht, nicht zu vermeiden, dass sehr viele Mitglieder austreten. Dazu ist auch noch zu vermerken: Das ist nicht nur eine Drohung. Schauen Sie, wo die Landeskirche stark ist, sie ist es auf dem Land, in den ländlichen Bezirken. Die zehn der zwölf Bezirke im Kanton Zürich, die auf dem Land sind, die zehn Landbezirke haben gestern mit deutlichem Mehr die Unternehmensverantwortungsinitiative abgelehnt. Damit ist klar, dass die Landeskirche mehr oder weniger an ihren Mitgliedern vorbei politisiert. Und ganz viele Menschen, die aus christlichen Gründen bei ihnen wären, die die reformierte Kirche unterstützen würden, ganz viele Menschen, ganz viele Kirchenmitglieder werden dadurch in ihrer Meinung vergewaltigt.

*Hans Egli (EDU, Steinmaur) spricht zum zweiten Mal: Zur Konzernverantwortungsinitiative möchte ich noch ergänzen: Wenn die Kirchen bezüglich der Konzerne und ihres Geschäftsgebarens moralische Bedenken haben, sollten sie so redlich sein und auch auf die gesamthaft jährlichen Hunderte von Millionen Steuergeldern verzichten. Alles andere ist inkonsequent und auch ein bisschen heuchlerisch. Wie gesagt, die Kirche soll nur politisieren, wenn sie direkt betroffen ist, zum Beispiel, wenn Christen bei Attentaten, wie kürzlich in Frankreich, geköpft werden oder im Konfliktfeld Karabach (*militärischer Konflikt zwischen Armenien und Aserbeidschan*), wo muslimische Aserbeidschaner rund 120'000 Christen vertrieben haben. Da reicht dann ein Bericht im «Kirchenboten» noch nicht, da soll via Bundesrat engagiert Einfluss genommen werden, damit solche Menschenrechtsverletzungen angeprangert werden. Aber es sollen nicht politische Diskussionen geführt werden. Mir ist es nicht egal, Leandra Columberg, wie sich die Zahl der Kirchenmitglieder entwickelt. Ich will eine Verkündigung, die mir im Alltag praktisch hilft, die mir sagt, was aus biblischer Sicht richtig und was falsch ist. Sie (*der Votant zeigt auf die Bibel, die er mitgebracht hat*) soll gerade auch in Corona-Zeiten Hoffnung und Zuversicht verkünden. Hier drin ist die beste und die aktuellste Botschaft, denn diese Botschaft ist relevant. Und diese Botschaft kann es ermöglichen, dass die Kirche für die ganze Bevölkerung wieder relevant*

wird. Die Menschen realisieren: Wenn sie den Gottesdienst versäumen, dann verpassen sie etwas. Das ist Zukunft. Dafür möchte ich hier hinstehen. Und darum rufe ich den Kirchen zu: Besinnen Sie sich auf dieses Fundament.

Die EDU nimmt den Bericht der staatlichen anerkannten Religionsgemeinschaften zur Kenntnis. Danke.

*Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht) spricht zum zweiten Mal:* Frau Columberg Leandra, das war ein Tiefschlag vorher, zu dem Sie hier ausgeholt haben. Diskutieren über das Engagement der Kirche können Sie anderswo. Wir haben eben keine Trennung von Kirche und Staat in diesem Kanton. Ist es Zeit für die Trennung von Kirche und Staat? Ist es Zeit, dass ich mir von einer Jungsozialistin sagen lassen muss «Diskutieren Sie nicht stundenlang über Gott und die Welt»? Ich hoffe nicht, aber wenn die Kirche weiter zu einer marxistischen Kampforganisation abdriftet, wie es die protestantische oder die evangelische oder die katholische Kirche im Kanton Zürich tun – ja, sie tun es, schauen Sie das Staatsfernsehen von gestern Nachmittag (*gemeint ist SRF*) an, sehen Sie den deutschen Vertreter des Kirchenhilfswerks, irgendetwas für Brüder (*gemeint ist «Brot für alle», vormals «Brot für Brüder»*) an –, dann muss ich Ihnen sagen: Es ist genau so, es ist genau so! Ich weiss es. Als ich zur Schule ging, war es Dom Helder Camorra oder wie er hiess, aus Brasilien (*gemeint ist Dom Hélder Câmara, brasilianischer Erzbischof und Befreiungstheologe*), den man da hochgehalten hat. Und heute sind es professionelle Vertreter von kirchlichen NGO (*Nichtregierungsorganisationen*), die mit unseren Steuergeldern hier marxistisch missionieren. Und das geht nicht. Ich lese Ihnen gerne noch vor, was in diesem Beschluss des Kantonsrates steht, Leandra Columberg: «Vom Jahresbericht und der Einhaltung der negativen Zweckbindung für Kirchensteuern von juristischen Personen wird Kenntnis genommen.» Ja, ich nehme Kenntnis. Ich nehme Kenntnis davon, dass wahrscheinlich Kirchengelder von mir, zwangserhobene Kirchensteuergelder von meiner Firma, für die ich arbeiten musste, für marxistische Interessen investiert werden. So ist es. Und da habe nichts dagegen, das können Sie schon machen, aber dann ist es jetzt Zeit für die Trennung von Kirche und Staat. Und dann müssen wir auch darüber reden, ob diese Landeskirchen noch steuerbefreit sein dürfen. Von mir aus gesehen ist da nicht der Fall, denn da fehlt ein Grundpfeiler dieser beiden Landeskirchen, und das ist die Ehrlichkeit. Da haben Ihnen meine beiden Vorredner Egli und Hauser gesagt, worum es geht. Es geht darum, dass die Kirche als «Institution Kirche» nicht politisieren und einzelne Gläubige gegen andere Gläubige ausspielen soll. Aber das tut sie. Und dadurch, dass sie über die vergangenen Jahre immer mit Steuergeldern gefüttert wurde und gefüttert wurde, konnten sich diese Leute in unseren Kirchen und in den NGO breitmachen, die heute am Hebel sind. Und das sind keine bürgerlichen Kräfte. Ich stehe dazu, ich bin bürgerlich. Ich stehe dazu und ich bin auch sicher, dass die Mehrheit in den Landeskirchen – obwohl ich nicht mehr dazugehöre aus erwähnten Gründen – im Kanton Zürich noch bürgerlich ist. Und das ist ein Verrat an den Mitgliedern der Kirche und vor allem an den Steuerzahlern. Was hier geschieht, das darf nicht geschehen. Ich danke Ihnen für die Kenntnisnahme.

*Wilma Willi (Grüne, Stadel) spricht zum zweiten Mal:* Wenn eine Gruppe von Kirchenmitgliedern sich für eine Initiative starkmacht, weil sie sich sicher ist, dass es darum geht, dass man sich für die Menschen, für die Menschenrechte und für die Gerechtigkeit einsetzt, dann darf sie das. Genau deshalb sind diese Menschen ja Mitglied einer Kirche. Das ist demokratisch erlaubt, dass Menschengruppen sich äussern können. Ich bin mir nicht sicher, aber ich habe nirgends zum Beispiel vom Kirchenratspräsidenten Michel Müller gehört, dass er jetzt gesagt hätte, wie man abstimmen sollte. Das bleibt, glaube ich, unseren Bundesrätinnen erlaubt und das machen sie. Aber wir führen jetzt hier eine Debatte, bei der ich sagen muss: Es geht nicht um Politik. Manchmal gibt es Vorlagen, wie jetzt am Wochenende, bei denen viele Menschen das Gefühl haben – nicht nur Kirchenmitglieder –, es gehe hier um Menschenrechte, um Menschenwürde. Und dafür, denke ich, sollten wir uns alle starkmachen. Unsere Wege sind vielleicht nicht die gleichen, aber wir wollen uns dafür starkmachen. Ich möchte jetzt wirklich beliebt machen, dass man das trennt, was die Kirche macht, was Gruppen von Menschen machen. Wenn sich Menschen wirklich einsetzen wollen, dürfen sie das. Schätzen wir dies doch und seien wir froh darüber, dass wir in diesem Land und in diesem Kanton Leute haben, die das machen. Und wir reden hier ja auch nicht von kleinen Minderheiten. Wir haben gesehen, es gibt genug Menschen, die interessiert sind und die das so möchten. Nochmals: Man darf das doch nicht vermischen, was die Kirche sonst noch macht. Die Kirchen betreiben zum Beispiel eine Spitalseelsorge, das haben wir jetzt gerade gehört. Sie sind vor Ort und helfen den Angestellten, die sehr schwierige Zeiten erleben. Sie unterstützen die Kranken und die Angehörigen, wo sie nur können. Das machen sie mit den Kirchengeldern. Wenn wir jetzt 2021 an der gleichen Stelle, wenn auch nicht am gleichen Ort, darüber reden, wie die Mittel der juristischen Personen in diese Kampagne eingesetzt wurden, sieht es dann ganz anders aus, da bin ich mir sicher. Hier erleben wir jetzt nur, dass behauptet wird, die Kirchen hätten diese Steuern dafür eingesetzt. Da bin ich mir noch nicht sicher, dass es wirklich aus so ist. Vielen Dank.

*Lorenz Schmid (CVP, Männedorf):* Ein bisschen Seriosität und Fakten in diese Diskussion: Wie auch Hans-Peter Amrein bin ich als Unternehmer Steuerzahler. Diese Gelder, das wissen wir, gehen nicht in Sakrales, nicht in Abstimmungen, in gar nix, sondern wirklich nur in die sozialen Dienste der Kirchen, und der Kanton Zürich ist dankbar für diese Arbeit und schätzt das. Und die Stimmberechtigten haben das in der letzten öffentlichen Abstimmung (*im Jahr 2014*) auch bestätigt, dass die Kirchen die Gelder der juristischen Personen für diese Zwecke einsetzen dürfen. Und als Privatperson bin ich auch noch Steuerzahler, im Gegensatz zu Hans-Peter Amrein, und bin froh, dass aus diesen Geldern auch sakral etwas finanziert werden kann.

Kommen wir zurück auf diese Konzernverantwortungsinitiative: In der Tat kann man als Christ beides wählen, Zustimmung oder Ablehnung. Das möchte ich nicht zur Diskussion stellen. Ich möchte jetzt aber wirklich zu den Fakten kommen: Die Finanzierung floss nicht aus den Kirchen – das wird im Nachhinein dann sicher

noch präzisiert werden –, sondern das kam vorwiegend von den Hilfsorganisationen der beiden Landeskirchen. Das sind das Fastenopfer und das HEKS. Diese haben ein bisschen Geld investiert für diese Zielsetzung. Und für diese Finanzierung haben sie Zuwendungen aus Spenden verwendet. Die Personen aus der Kirche, die sich für die Initiative eingesetzt haben, sitzen meistens exklusiv in den Aufsichtsräten dieser zwei Institutionen. Sie haben sich nicht primär als Kirchenvertreter, sondern als Vertreter der zwei Hilfswerke für die Initiative ausgesprochen. Das ist eine Präzisierung, die wirklich zu den Fakten gezählt werden muss, denn die Diskussion ist jetzt hier vollkommen entgleist. Es gab ja auch Kirchenvertreter, die sich gegen die Initiative eingesetzt und auch in Zeitungen dagegen plädiert haben. Die Kirche bleibt also nach wie vor demokratisch. Sie diskutiert, sie schreibt ihren Mitgliedern, auch den Kirchenvertretungen nicht vor, für was sie sich einsetzen sollen oder nicht. Und die Zeichen, die die Kirchgemeinden mit Plakaten in den Gemeinden gesetzt haben, waren wirklich demokratische Entschiede der Kirchenpflegen, innerhalb der Kirchgemeinde so aktiv zu werden, meistens in Zusammenarbeit mit dem Vertreter der Kirche in den lokalen Gemeinden. Das ist Fakt. Ich möchte bitten, dass ihr dies anerkennt und jetzt nicht einfach eine Debatte von der Stange reisst, ob wir eine Trennung der Kirche vom Staat haben müssen. Ich habe in Frankreich gewohnt, ich schätze diese Zusammenarbeit integrativ. Ich möchte keine französischen Verhältnisse, in denen die Kirche darbt und zu einer gewissen Verschärfung der Positionen neigt, und zwar einfach deshalb, weil sie nicht unter Checks and Balances, der Kontrolle des Staates steht. Ich bin froh um diese Zusammenarbeit, um die Kontrolle des Staates über die Kirchen, und möchte diesen Zustand, wie wir ihn heute kennen, nicht missen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

*Urs Dietschi (Grüne, Lindau):* Als Atheist hätte ich nie gedacht, dass ich mich hier für die Kirchen einsetze. Was die Vertreter der Wirtschaft hier vorgebracht haben, hat mit Christentum, hat damit, irgendetwas für die Menschen zu machen, nichts, aber auch gar nichts zu tun. Nach meiner Ansicht ist Religion immer Politik, ob sie nun für Menschen oder für die Umwelt ist. Genau hier haben sich die einzelnen Kirchgemeinden für Menschen eingesetzt, was nach meiner Auffassung auch in der von Herrn Egli geschwenkten Bibel drinsteht. Es kann ja nicht sein, dass es als politisch gilt, wenn sich Kirchen für Menschen und Umwelt einsetzen. Wenn Sie sich aber für die Wirtschaft einsetzen, wo Blut dran klebt, dann spielt es keine Rolle, dann ist nur das Geld, was zählt. Ich finde das eine ganz, ganz miese Auffassung von Moral.

*Ruedi Lais (SP, Wallisellen):* Die entscheidende Frage wurde hier gestellt, aber meiner Meinung nach noch nicht genügend beantwortet. Wie bleiben Kirchen relevant? Was macht eigentlich die Relevanz der Kirche aus? Warum bin ich, obwohl ich nicht gläubig bin, Mitglied einer Landeskirche? Es ist nicht, weil ich der Kirchenpflege gerne Sitzungsgelder bezahle. Und für eine Kirche, die sich auf ihre Handlungen innerhalb des Kirchenraums zurückzieht, wäre ich wahrscheinlich nicht bereit, Steuern zu bezahlen. Wenn ich noch einmal heiraten sollte, gibt

es heute auf dem freien Markt Angebote. Wenn ich meine Abdankung plane, was leider wahrscheinlicher ist, dann gibt es heute auf dem freien Markt ebenfalls Angebote. Relevanz heisst: Die Kirche vertritt universale Werte. Die katholische Kirche hat es im Namen, «über die ganze Erde» bedeutet ihr Name. Das heisst, sie geht weit über das hinaus, was wir hier auf unseren 1700 Quadratkilometern des Kantons Zürich legiferieren oder beaufsichtigen. Wenn sie nicht auf diese universalen Werte, diese ethischen und religiösen universalen Werte pocht, dann wird sie irrelevant. Dann möchte ich gerne aus Protest austreten können.

Erstaunlicherweise wird in diesem heutigen Rednerreigen intensiv über den gestrigen Abstimmungssonntag diskutiert. Und ein anderes Politikum, das uns als Kanton Zürich eigentlich noch viel mehr beschäftigt und ich nehme an, auch unsere Kirchenministerin (*Regierungsrätin Jacqueline Fehr*) nächstens umtreibt, das ist der Streit im Bistum Chur. Im Bericht der katholischen Kirche lese ich kein Wort von diesem Streit. Erfreulicherweise nimmt sie Stellung und zeigt auf, was sie gegen sexuellen Missbrauch in ihren Reihen macht, aber sie nimmt nicht Stellung zu den Attacken auf die Landeskirche. Und hier, sehen wir, zieht sich ein roter Faden durch. Die SVP spaltet die Gesellschaft. Sie spaltet sie hier, sie spaltet die Kirche und sie reitet durch ihren Hauptfinancier (*gemeint ist Altbundesrat Christoph Blocher*) eine Frontalattacke auf die Landeskirchen im Bistum Chur. Die Familie des Übervaters hat ja den Kirchenaustritt erklärt und spendet nun direkt an die ultrakonservativen Bischöfe und Domherren in Chur. Dazu müssen wir politisch Stellung nehmen. Wir verteidigen mit dem Kirchengesetz die demokratischen Rechte innerhalb der Landeskirchen. Es steht jedermann frei, dann eben eine andere Gemeinschaft undemokratisch innerhalb der sonst üblichen Gesetze zu gründen. Aber wenn sich jemand «Landeskirche» nennt und davon profitiert, dann muss er oder sie auch die demokratischen Rechte laut und deutlich verteidigen. Und unsere Kirchenministerin hat meine volle Unterstützung, wenn sie das auch im Namen des Kantons Zürich tut. Wie gesagt, wer, wenn nicht die Kirche, hält die Gesellschaft noch zusammen? Wer tritt diesen Spaltungstendenzen noch entgegen mit einem weltweit gültigen moralischen Fundament? Diesen Kompass dürfen wir nicht wegwerfen. Vielen Dank.

*René Isler (SVP, Winterthur):* Vermutlich habe ich ein anderes Weltbild von den Aufgaben unserer Landeskirchen. Sie sollten eigentlich für das Volk da sein, so habe ich es einmal gelernt. Sie spenden Trost und geben sich in die Gemeinden ein. Das war einmal, stelle ich hier einfach fest. Die Landeskirche, vor allem auch die evangelisch-reformierte, muss sich ja nicht wundern, warum sie alle Jahre mehr Mitglieder verliert, aber immer noch am Geld festhält, das sie erhält. Da wird eine Doppelmoral geführt, die jeglichem Ansinnen, jedem Verständnis spottet, das ich von einer Landeskirche habe. Wie kann man mit dem Zweihänder, mit sehr viel Aufwand und selbstverständlich mit Steuergeldern Initiativen gegen Unternehmen unterstützen und damit genau auf die Personen eindreschen, von denen man dann aber notabene jeden Franken will? Wenn ja dann die Kirchen, wie das der Vorredner der Sozialdemokraten gesagt hat, so demokratisch wären – wenn sie es denn wären –, dann müssten ja eigentlich alle Unternehmen frei wählen

können, welcher Landeskirche sie ihre Steuern zahlen wollen. Das ist natürlich nicht so, also ist es gar nicht demokratisch. Hier geht es um eine doppelbödige verwerfliche Moral. Man prügelt auf Unternehmen ein, man stellt sich öffentlich an den Pranger, aber bitteschön zahlt mir, damit ich euch wieder auf den Bauch schlagen kann. So geht das nicht. Lieber Herr Vertreter der Evangelisch-reformierten Landeskirche, Sie haben seit dieser Kampagne neun Mitglieder weniger. Wir treten alle, unisono, die ganze Familie aus diesem Verein aus und sparen so noch ein bisschen Steuergelder. Ich habe geschlossen.

*Maria Rita Marty (SVP, Volketswil):* Das Thema ist der Geschäftsbericht der anerkannten Religionsgemeinschaften. Ich spreche hier explizit nur zum Geschäftsbericht der sogenannten christlichen Gemeinschaften. Es hat mich sehr gefreut, dass eine Bibel geschenkt wurde. Schön wäre es, wenn die Bibel tatsächlich wieder ein Thema werden würde in dieser Gemeinschaft. Der Geschäftsbericht gibt Auskunft über die Tätigkeiten dieser Gemeinschaften. Daher geht es genau um jene Tätigkeit, das heisst, über Gott und die Welt. Mein Wunsch wäre eine Trennung von Staat und Religion. Diese Gemeinschaften tragen zwar den Namen «christliche Gemeinschaften», sind jedoch ein Ableger der Sozialisten. Was im Abstimmungskampf der Unternehmensverantwortungsinitiative geschehen ist, ist Missbrauch von Steuergeldern. Lieber Lorenz, du scheinst keine Ahnung von der Finanzierung des HEKS zu haben. Spenden wurden zweckentfremdet, dies ist eine Tatsache. Ein solches Vorgehen ist nicht tolerierbar. Daher ist es Zeit, dass es eine Trennung von Kirche und Staat gibt, damit wir nie mehr von einem Geschäftsbericht Kenntnis nehmen müssen. Die tatsächlich katholischen und reformierten Personen haben ein Recht auf eine christliche Kirche, welche das Evangelium verkündet und sich tatsächlich für Menschen einsetzt. Dies ist nicht der Fall. Steuergelder dürfen nicht für Organisationen verwendet werden, welche eigentlich das Christentum abschaffen wollen. Genau darum setzen sich Atheisten und christenfeindliche Organisationen für die Beibehaltung der Finanzierung der Kirche ein. Dies sollte doch allen zu denken geben. Danke vielmals.

*Leandra Columberg (SP, Dübendorf) spricht zum zweiten Mal:* Ich möchte die Debatte auch nicht unnötig in die Länge ziehen, wurde aber von mehreren Kollegen direkt angesprochen. Ja, was soll ich sagen? Ich kann und will Ihnen nicht verbieten, hier eine Grundsatzdiskussion über Staat und Religion zu führen. Ich finde es einfach etwas fehl am Platz, weil es bei diesem Geschäft um die Jahresberichte und die negative Zweckbindung geht. Das heisst, Sie könnten wenigstens den Fokus darauf halten. Ich sage auch nicht, dass wir keine grundsätzlichen Diskussionen über Staat und Religion, beispielsweise Religionsgemeinschaften und Kirchen führen können, aber dann machen Sie einen anderen Vorstoss. Bringen Sie eine Initiative, das ist hier nicht das Thema. Dass es sich hier gewisse Vertreter herausnehmen, den Kirchen vorschreiben zu wollen, für welche Menschenrechte oder gegen welche Menschenrechtsverletzungen sie sich einzusetzen haben und für welche nicht, finde ich auch etwas speziell. Besten Dank.

*Rochus Burtscher (SVP, Dietikon):* Zuerst an Kantonsräte, und zwar an die Adresse von Wilma Willi: Ich weiss nicht, in welcher Welt und in welchem Zeitalter du lebst. Wir leben in einer Demokratie, und ich habe niemals in meiner Kirchgemeinde mein Okay gegeben, dass meine Meinung nach oben an die Leute weitergegeben wird, damit am Schluss das oberste Organ der Kirche eine Empfehlung abgibt. Und Ruedi Lais, wir wissen, dass du die SVP hasst. Mit dem kann ich gut leben, es ist eine alte Leier von dir. Schade, dass dein Leben nur aus dem besteht. Und an die Adresse von Lorenz Schmid: Ob sie Spenden verwenden oder Kirchensteuern, ist mir persönlich egal, denn das Ganze ist nicht auseinanderhaltbar. Nun zur Kirche: Die Kirchen machen für mich einen guten Job. Und zwar haken sie dort ein, wo die Gesellschaft abgehängt beziehungsweise versagt hat. Doch zu viel ist zu viel. Für mich ist es eine Doppelmoral der Kirche, denn es ist äusserst ungeschickt, wenn die Kirchen sich politisch äussern, besonders dann noch, wenn sie von einer Partei geprägt sind, besonders, wenn sie Wasser predigen und Wein trinken. Wenn die Kirchen, wie schon mehrfach gesagt, redlich wären, dann würden sie alles Geld, das sie von den Konzernen, von den Firmen und so weiter erhalten, zurückzahlen und selber eine Initiative initiieren, damit sie frisch und neu Steuern für sich selbst einziehen. Das wäre redlich. Ich bin Christ und Katholik, aber ich frage mich ernsthaft, ob ich noch im richtigen Film bin.

*Ratspräsident Roman Schmid:* Der Reigen der Sprechenden aus dem Rat hat sich erschöpft.

*Regierungsrätin Jacqueline Fehr:* In Namen der Regierung möchte ich an dieser Stelle den Religionsgemeinschaften, den hier Anwesenden und den hier nicht Anwesenden herzlich danken. Gerade auch in den aktuellen Zeiten, in diesen schwierigen Zeiten sind sie da, wie es der Kirchenratspräsident gesagt hat, wo sie gerufen und gebraucht werden. Ich möchte an dieser Stelle Jacques Landes auch von meiner Seite in diesem Kreis willkommen heissen.

Die Direktion der Justiz und des Innern, zuständig für die Regelung der Religionsfragen, steht in einem sehr engen Austausch mit den Religionsgemeinschaften und führt auf allen Ebenen zahlreiche, regelmässige Gespräche. Das ist wichtig, weil das Verhältnis zwischen Kirche und Staat ein sehr bedeutsames ist; ich komme darauf zurück. Das Reformationsjubiläum – es ist ja eigentlich der Hauptgegenstand des Jahresberichtes, respektive der Jahresbericht 2019 beschlägt vor allem dieses Jubiläum – war eine gute Plattform, um die Frage und Bedeutung der Religion in unserer modernen Gesellschaft zu erörtern und, wie auch schon gesagt wurde, um den Dialog zwischen den Religionen, aber auch zwischen den verschiedenen Religionsnichtmitgliedern zu vertiefen. Aus diesen zahlreichen Gesprächen haben wir zusammen mit den Religionsgemeinschaften für diese Legislatur drei Schwerpunkte definiert; wir haben sie diesen Frühling präsentiert. Es geht einerseits um den Dialog zwischen den Religionsgemeinschaften, das ist der erste Schwerpunkt. Der zweite Schwerpunkt ist die Klärung der Rollen im Verhältnis zu den nicht anerkannten Religionsgemeinschaften. Und als dritten

Schwerpunkt werden wir eine Studie zur gesellschaftlichen Bedeutung der Religionsgemeinschaften, also zu deren Relevanz, erarbeiten.

Weshalb ist für den Staat die Beziehung zu den Religionsgemeinschaften derart wichtig? Es geht einerseits, wie erwähnt wurde, um die ganz spezifische Bedeutung, die Relevanz von Religionsgemeinschaften in einer Gesellschaft. Wolfgang Böckenförde (*Ernst-Wolfgang Böckenförde, deutscher Staats- und Verwaltungsrechtler und Rechtsphilosoph*) hat dazu das wahrscheinlich treffendste Zitat formuliert: Der Staat, der liberale Staat lebt von geistigen und ethischen Voraussetzungen, die er selbst weder schaffen noch garantieren kann. Er braucht eine Körperschaft, die über das Heute hinausreicht. Er braucht eine Körperschaft, die die Menschen in ihrem Inneren bewegt und sie dazu motiviert, diese Freiheiten, dieses Menschsein auch zu reflektieren und zu leben.

Die zweite Antwort, weshalb der Staat gut daran tut, ein verbindliches Verhältnis mit Religionsgemeinschaften zu haben, liegt in der Frage: Wer hat das Primat? Keine anderen Institutionen – ausser Religionsgemeinschaften – machen dem Staat das Primat der Rechtsetzung, der verfassungsmässigen Ordnung streitig. Nur die Religionsgemeinschaften erheben historisch immer mal wieder und territorial überall mal wieder den Anspruch, ihrerseits über Recht und Ordnung zu entscheiden, und machen damit eben dem Staat das Primat streitig. Genau weil es dieses – auch – Risikopotenzial von Religionsgemeinschaften gibt, ist es wichtig, dass die Verhältnisse verbindlich geregelt sind, dass wir also einander vertrauen können, dass wir miteinander in unseren unterschiedlichen Rollen diese wichtigen Aufgaben erfüllen können. Das heisst am Schluss religiöser Friede, das heisst am Schluss eine Zusammenarbeit, die für alle nutzbringend ist, die dem Staat seine und den Religionsgemeinschaften ihre Rolle zuweist. Dass wir das im Kanton Zürich in dieser hohen Qualität leben können, hängt ganz wesentlich auch von den Leitungspersonen in diesen Religionsgemeinschaften ab. Die fünf, die Sie hier sehen, die diese Gemeinschaften hier vertreten, sind massgebend dafür verantwortlich, dass wir in dieser hohen Qualität miteinander den Diskurs führen können, hier und heute in diesem Rat, aber auch darüber hinaus.

Grundlage dieses Verhältnisses ist unser duales System. Es ist das System, das klarmacht, dass der Staat mit Körperschaften, mit zivilen Körperschaften eine Verbindung eingeht. Wir haben keine Beziehung zur Weltkirche in Rom, wir haben eine Beziehung zur Katholischen Körperschaft. Die Anerkennung dieser dualen Struktur ist die Voraussetzung dafür, dass wir dieses gute Verhältnis weiterentwickeln können. Und dieses duale System repräsentiert sich eben im Primat des Staates gegenüber der Kirche, was verfassungsmässige Rechtssetzung betrifft. Und deshalb müssen alle, wo immer sie ihr Zentrum auf dieser Welt haben, dieses duale System, unsere verfassungsmässigen Grundsätze anerkennen, darauf sind wir angewiesen. Ich danke Ihnen.

*Michel Müller, Kirchenratspräsident der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Zürich:* Ich darf noch einmal auf die verschiedenen Beiträge, die Sie als Fraktions- und Einzelvoten gebracht haben, antworten. Dies tue ich natürlich

jetzt persönlich als Einzelner, ich habe mich nicht mehr im Detail abgesprochen, aber mit der Präsidentin des Synodalarates konnte ich noch ein bisschen sprechen. Zunächst danke ich für die Diskussion, auf jeden Fall. Das sage ich auch in Richtung von Frau Columberg, obwohl sie das nicht so extrem gemeint hat, dass wir überhaupt nicht diskutieren sollen. Aber es ist tatsächlich so, da stimme ich Herrn Hauser zu: Wo und wann, wenn nicht jetzt? Hier können wir diskutieren und dafür kommen wir hierher und dafür bekommen wir auch die entsprechende Zulage im Sinne von Herrn Gilgen (*Anspielung auf ein Bonmot von Altregierungsrat Alfred Gilgen, der einen Teil des Regierungsratslohns einst als «Schafseckelzulage» bezeichnet hatte*). Das ist sicher richtig. Und es ist auch richtig, was Frau Pflugshaupt sagt: Wer dabei ist, der kann mitbestimmen. Vielen Dank für diesen Beitrag, Frau Pflugshaupt. Vielen Dank für die Beiträge von Herrn Dietschi, Herrn Amrein und Herrn Lais, und auf andere Beiträge gehe ich noch direkt ein.

Herr Hauser, mitbestimmen ist tatsächlich zentral. Und wenn natürlich an einer Kirchgemeindeversammlung nun ein Antrag gestellt wird, über ein politisches Thema zu diskutieren, beispielsweise unter «Verschiedenem», so können Sie das als Kirchenpflege- oder Kirchgemeindepäsidentin nicht verbieten. Es ist das demokratische Recht der Mitglieder, zu bestimmen und zu diskutieren und allenfalls sogar Geld für eine Kampagne zu sprechen, wenn sie denn das beschlossen haben, und das ist eine wesentliche Frage, die da zu Recht gestellt wurde. Die Diskussion zwischen Kirche und Staat allerdings ist nicht ganz neu. Es besteht tatsächlich ein Risikopotenzial zwischen Staat und Kirche, wie uns das Frau Fehr nun erklärt hat. 1531, nach der Katastrophe von Kappel (*Schlacht von Kappel, in der Huldrych Zwingli den Tod fand*), wurde auch – natürlich zu Recht – das Wort gegen die Kirche verwendet: Die Pfaffen sollen nicht zum Krieg treiben. Es geht also wirklich darum, dass die Kirche nicht die Politik direkt beeinflusst in dem Sinne, dass die Kirche regiert. Und umgekehrt hat sich dann Bullinger (*Heinrich Bullinger, Schweizer Reformator*), der Nachfolger des verstorbenen, des getöteten Zwingli dagegen gewehrt, dass die Politik der Kirche genau sagt, was sie zu sagen und wozu sie zu schweigen hat. Wer hier die Kirche zum Schweigen aufruft, der wird bei mir auf ein taubes Ohr stossen im Sinne von Bullinger. Wer aber umgekehrt meint, dass auch die Kirche dem Staat nicht zu sagen habe, was der Staat zu tun hat, auch der hat völlig recht, auch das soll abgelehnt werden. An wen die Kirche heute appelliert, das sind die mündigen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Da trauen wir den Leuten mehr zu, die lassen sich von uns nicht in Angst und Schrecken vor dem Höllenfeuer versetzen, wenn sie nicht so stimmen, wie die Kirche das sagt. Es wurde gesagt, wir würden sagen, jemand sei ein schlechter Christ oder weiss nicht was – haben Sie das schon irgendwo gehört? Waren Sie in einer Predigt, wo da so gesagt wurde? Ich war gestern in einem Gottesdienst, da wurde in der Fürbitte doch tatsächlich für die Abstimmung gebetet, und zwar wurde in dem Sinne gebetet, dass beide Seiten zueinander finden für das gemeinsame Anliegen, dass es den Menschen auf der Welt besser geht. Es wurde im Gottesdienst für die Versöhnung gebetet, genau das. Also wenn wir gehen und zuhören, was dort geschieht, dann sieht es dann doch ein bisschen anders aus, ganz konkret, ich habe das gesehen. Jedenfalls ist es kein gegenseitiger Machtanspruch, das ist die

Trennung von Kirche und Staat, wie wir sie schon länger haben, aber wir sind doch aufeinander bezogen, wir diskutieren miteinander, und das ist die Bezogenheit, an die Frau Fehr zu Recht auch erinnert hat.

Und wenn Sie wissen wollen, warum sich die Kirche auch zu wirtschaftlichen Themen äussert, so ist es keine Heuchelei, sondern es kann durchaus auch im Interesse der Wirtschaft sein, wenn die Kirche an Werte appelliert. Wenn Sie mir das nicht glauben, dann hören Sie doch einfach eine Predigt vom Reformationssonntag, man kann sie herunterladen. Bei der Reformierten Kirche Bülach gibt es eine Predigt dieses Jahres zum Reformationssonntag und die hat zum 125. Jubiläum der Zürcher Kantonalbank der Bankratspräsident Jörg Müller-Ganz gehalten. Sie können also die Predigt von Herrn Müller, meinem Namensvetter, hören. Und darin erinnert er an den Wertbeitrag der Kirche für die Gestaltung des Kantons, des gesellschaftlichen Zusammenlebens, ohne damit eine Abstimmungsparole herauszugeben; das trauen Sie ihm ja sicher zu, dass er neutral war. Aber Sie können das hören, diesen Beitrag braucht auch die Wirtschaft. Die würde sonst auch nicht funktionieren ohne den Wertebeitrag der Kirchen. In dem Sinne beissen wir nicht die Hand, die uns füttert, sondern wir tragen dazu bei, dass diese Hand weiter gut arbeiten kann.

Das mag vielleicht ein Trost für Herrn Isler sein. Es tut mir sehr leid, René, dass du das so persönlich genommen hast. Aber vielleicht wäre es auch ein Trost gewesen bei einem Brief, den ich gestern bekommen habe. Ich habe gesagt: Bevor Sie sich so masslos ärgern – dieser Mensch hat mir so geschrieben –, warten Sie doch mal die Fakten ab und schauen Sie darauf, im Sinne auch von Herrn Schmid. Ich kann Ihnen jetzt schon sagen, dass die landeskirchlichen Körperschaften kein Geld, keinen einzigen Franken – ich könnte sogar «Rappen» sagen –, dass die landeskirchlichen Körperschaften kein Geld für eine Kampagne verwendet haben. Das kann ich Ihnen jetzt schon sagen, denn da müssten ja Beschlüsse des Synodalarates oder des Kirchenrates vorliegen, da gab es keine Beschlüsse. Es gibt natürlich Struktur Gelder, die wir beispielsweise ans HEKS bezahlen, jedes Jahr. Wir haben nicht mehr bezahlt, wir zahlen immer gleich viel. Wenn das HEKS etwas beschliesst, macht es das als autonome Stiftung. Wenn die Kirchgemeinden etwas beschlossen haben, machen sie das als autonome Kirchgemeinden. So sind wir organisiert. Es ist etwa dasselbe, wie wenn die SVP Unterwallis für die Konzernverantwortungsinitiative ist. Dann ist es halt so, das ist auch eine autonome Subpartei der nationalen Partei. Wir haben dieses System in der Schweiz, dass wir nicht durchregieren von oben nach unten. Man verlangt das immer wieder von mir, aber ich glaube, Sie wären auch nicht gern in einer Kirche, in der ich da durchregiere. Selbst die Katholiken wehren sich ja dagegen mit ihrer demokratischen Struktur, dass nicht einfach von Chur oder von Rom durchregiert wird. Dazu, zu dieser Thematik haben ja der Synodalarat und der Synodepräsident der Kirche letzte Woche auch ein deutliches Wort gefunden. Das auch zur Frage, die diesbezüglich gestellt worden ist.

Nun, Sie befinden sich also nicht unbedingt im falschen Film, Herr Burtscher. Schauen Sie einfach den Zwingli-Film am 20. Dezember 2020. Dann sehen Sie, die Diskussion gab es schon damals, wie politisch die Kirche sein soll. Es ist 500

Jahre her, feiern wir das jetzt, es ist keine neue Diskussion, deshalb habe ich auch keine Angst. Aber wir werden auch heute nicht zu ganz neuen Erkenntnissen kommen. Wenn wir dann aber in einem Jahr im Sinne der FDP und der SVP darüber diskutieren, ob tatsächlich Gelder verwendet worden sind, dann wollen wir uns das anschauen. Das ist eine wichtige Frage. Aber jetzt müssen Sie das nicht schon behaupten, Herr Amrein oder Herr Isler oder andere, es ist kein Fakt. Wir sprechen hier ja über die Kirchen im Kanton Zürich. Ich kann weder über Bern noch über Luzern oder sonst eine Kantonalkirche sprechen, hier sprechen wir über Zürich. Und was der Kirchenrat beschliesst, das weiss ich.

Der Kirchenrat hat übrigens auch ein Merkblatt an die Kirchgemeinden herausgegeben, in dem er über die Verwendung von öffentlichen Geldern spricht. Dort können Sie alles nachlesen. Weiter wird auch das Bundesgericht noch darüber entscheiden, wir sind selber auch gespannt darauf, was das Bundesgericht entscheidet. Also in dem Sinne haben wir dann in einem Jahr mehr Fakten und können dann darüber diskutieren.

Zum Schluss noch danke ich für die Beiträge der verschiedenen Fraktionen. Die Umweltthemen haben wir in unseren Legislaturzielen des Kirchenrates und des Synodalrates, der beiden grossen Körperschaften. Darüber, dass wir nicht nur Gottesdienste machen, sind wir im Moment froh, sonst hätten wir wirklich sehr wenig Wirkung in der Bevölkerung. Wir können auch noch viel anderes machen, auch Gottesdienste im Fernsehen. Jeden Adventssonntag überträgt «TeleZüri» (*Privatfernsehsender*) einen Gottesdienst.

Die Bibel – da haben Sie vielleicht einen kleinen Unterschied bemerkt zwischen der Bibel von Herrn Egli und meiner Bibel –, die Bibel wurde in der Zwischenzeit immer wieder neu übersetzt. Das ist unser Anliegen, dass wir die Bibel in die aktuelle Zeit übertragen und übersetzen. Und schliesslich weisse ich auf das Hoffnungszeichen hin, das sich jemand gewünscht hat: Heute brennt bis nach Weihnachten auf der Limmat ein Hoffnungsfeuer, und das soll uns allen in dieser Adventszeit auch wirklich Hoffnung geben, die wir brauchen. Vielen Dank für die Diskussion.

### *Detailberatung*

### *Titel und Ingress*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

### *Ziff. 1*

*Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht):* Sehr geehrter Herr Müller, Sie haben mich vorher direkt angesprochen, und zwar sprechen Sie zu den Kirchengeldern an die NGO. Sie nennen das «Strukturgelder». Das ist wahrscheinlich das Unwort dieses Jahres für diesen Rat, Strukturgelder. Wir haben einen bekannten Bündner (*gemeint ist Pierin Vincenz, ehemaliger Konzernchef der Raiffeisen Bank Schweiz*), der mal einer Bank vorgestanden ist, der hat wahrscheinlich auch Strukturgelder

bezahlt für seine Ausflüge in Zürich und nach Dubai. Und so kommen Sie mir vor, wenn Sie von Strukturgeldern für diese linken NGO sprechen.

*Ziff. II–V*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

*Abstimmung*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 154 : 4 Stimmen (bei 4 Enthaltungen), der Vorlage 5661a zuzustimmen.**

*Ratspräsident Roman Schmid:* Somit verabschiede ich die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Religionsgemeinschaften und wünsche allen einen schönen Tag. Bleiben Sie gesund. Wir sehen uns wieder spätestens in einem Jahr.

Das Geschäft ist erledigt.